DP DEUTSCHE POLIZEI Nordrhein-Westfalen



Mit Ausgleichszahlungen will das Land Schlechterstellungen zunächst auffangen. Die Zahlungen sollen bereits ab 2028 schrittweise abgeschmolzen werden.

Foto: Archiv

Besoldung: Es trifft Familien in Ballungsräumen

Die Landesregierung will das Besoldungsrecht neu aufstellen. Was zunächst vielversprechend klingt, kann für viele Kolleginnen und Kollegen zu spürbaren finanziellen Einbußen führen. Die GdP fordert deshalb deutliche Nachbesserungen!

Marco Neblik

Mehr Grundgehalt für alle klingt erst einmal gut. Ab dem 1. Januar 2027 sollen die Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen um 1,68 % steigen. Gleichzeitig will die Landesregierung die Besoldung grundlegend neu ordnen. Der bisherige Familienzuschlag Stufe 1 soll in die Grundbesoldung wandern, die Regionalisierung der Familienzuschläge nach Mietenstufen soll entfallen.

Doch hinter dem Zahlenwerk steckt mehr. Trotz des höheren Grundgehalts drohen für einen Teil der Kolleginnen und Kollegen finanzielle Nachteile. Besonders betroffen sind Beamtinnen und Beamte mit mehreren Kindern in Regionen mit hohen Lebenshaltungs- und Wohnkosten. Die Nachteile sollen zunächst durch eine Ausgleichszulage abgefedert werden. Doch diese bleibt nicht dauerhaft bestehen: Bereits ab 2028 soll die Zulage nach und nach komplett abgeschmolzen werden. Zunächst war von jährlich 15 % Absenkung die Rede, verteilt auf sieben Jahre. Nach GdP-Protest streckte die Landesregierung den Zeitraum auf zehn Jahre und reduzierte die jährliche Absenkung auf 10 %.

Trotzdem bleibt das Grundproblem – den betroffenen Kolleginnen und Kollegen wird auf lange Sicht Geld fehlen! Und das, obwohl die verfassungsgemäße Alimentation die Situation doch bessern sollte. Ein Beispiel aus der GdP-Stellungnahme macht die Dimension deutlich: Für eine Beamtin oder einen Beamten der Besoldungsgruppe A 10 mit drei Kindern in einer Gemeinde der Mietenstufe V soll die Ausgleichszulage monatlich 424,42 Euro betragen. Bis 2037 ist sie vollständig abgeschmolzen. Aus dem zunächst gewährten Ausgleich wird damit innerhalb weniger Jahre ein erheblicher monatlicher Fehlbetrag.

Fortsetzung auf Seite 2

Das Innenministerium verzichtet auf das Einziehen von weiteren 10 % der Mobikom-Smartphones bei der Polizei. Die GdP begrüßt die späte Einsicht. Für uns bleibt klar: Digitalisierung braucht Investitionen und moderne Einsatzmittel müssen überall dort verfügbar sein, wo sie gebraucht werden.



Fortsetzung von Seite 1



Foto: GdP

„Alimentation muss verlässlich sein“: Patrick Schlüter und Christoph Hirsch mit CDU-Haushaltsexperte Olaf Lehne (Mitte).

Karlsruhe gibt Maßstab vor

Hintergrund der Reform ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2025. Karlsruhe hat unter anderem die Prüfung der Mindestbesoldung neu ausgerichtet. Maßgeblich ist nicht mehr der bisherige Bezug zur Grundsicherung, sondern die sogenannte Prekaritätsschwelle von 80 % des Median-Äquivalenzeinkommens.

Das Land NRW will die Vorgaben mit dem neuen Gesetz umsetzen. Das ist notwendig und nachvollziehbar. Für die GdP steht aber fest: Die Umsetzung darf nicht dazu führen, dass einzelne Gruppen schlechtergestellt werden. Eine solche Schlechterstellung ist keine Vorgabe aus Karlsruhe, sondern Folge der konkreten Ausgestaltung der Landesregierung.

Bei der Berechnung der Mindestbesoldung berücksichtigt der Gesetzentwurf ein fiktives Partnereinkommen. Aus unserer Sicht ist dieses Konstrukt weiterhin hochproblematisch. Die amtsangemessene Alimentation ist Aufgabe des Dienstherrn und darf nicht von einem Einkommen abhängig gemacht werden, über das die Kolleginnen und Kollegen tatsächlich gar nicht verfügen.

Auch Versorgungsempfänger betroffen

Nicht nur die aktiven Kolleginnen und Kollegen sind von den geplanten Änderungen betroffen. Auch die Auswirkungen auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger müssen kritisch hinterfragt werden.

Der bisherige Familienzuschlag der Stufe 1 ist ruhegehaltsfähig. Seine Verlagerung in die Grundbesoldung und die anschließende Abschmelzung der Ausgleichszahlungen werden deshalb auch negative Auswirkungen auf die Versorgung haben. Hier muss das Land Nachteile ausschließen.

Eine Besoldungsreform darf nicht zum Rechentrick werden. Für uns ist entscheidend, was bei den Kolleginnen und Kollegen tatsächlich ankommt. Wer tagtäglich Verantwortung übernimmt, darf eine verlässliche, nachvollziehbare und dauerhaft amtsangemessene Besoldung erwarten.

Der Gesetzentwurf verschiebt zentrale rechtliche Fragen in die Zukunft, statt sie abschließend zu lösen. Ungeklärt bleibt auch, wie die Landesregierung die Besoldung für die Jahre vor 2026 regeln und mit den bestehenden Widersprüchen umgehen will. Es braucht endlich eine Besoldung, die nicht nur gerade den verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen genügt, sondern dauerhaft trägt.

Die GdP hat im Rahmen der Verbändeanhörung umfangreich Stellung genommen und ihre Kritik deutlich gemacht: nachbessern statt schönrechnen! Das weitere Verfahren werden wir kritisch begleiten. Die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht hinter Rechenmodellen und Sparvorgaben zurückstehen! Das hat unsere Gewerkschaft auch bei zahlreichen politischen Gesprächen vor und nach der Anhörung deutlich gemacht.

So haben GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlüter und GVS-Mitglied Christoph Hirsch den haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Olaf Lehne, bei einem Treffen darauf hingewiesen, dass Alimentation verlässlich sein muss. Wenige Tage danach kam dann von der Landesregierung die Mitteilung, dass die geplante Abschmelzung der Ausgleichszulage auf zehn Jahre gestreckt wird. Man wolle den Vertrauensschutz stärken, hieß es zur Begründung.

Ein Schritt, der zeigt, dass die Landesregierung sensibel und nicht taub ist. Nur: Er ist keine Lösung! Nach Auffassung der GdP darf bei der Alimentation niemand schlechtergestellt werden. Klipp und klar: Das geplante Gesetz muss weiter nachgebessert werden, ehe es voraussichtlich am 16. Dezember im Landtag beschlossen wird. ∎



Gut im Rechnen, noch besser im Schönrechnen

Der Volksmund kennt die Redeweise: „Der Berg kreißte und gebar eine Maus.“ Nordrhein-Westfalens Beamtinnen und Beamte fühlen sich daran erinnert, seit die Landesregierung ihre Pläne für die amtsangemessene Besoldung vorgestellt hat. Viel Tamtam, aber irgendwie nicht so doll. Nein, gar nicht doll: Auf mittlere und lange Sicht gibt es sogar Verlierer!

Fakt ist: Ein Viertel der Kollegenschaft wird den Plänen zufolge schlechtergestellt als heute – und wird das durch das Abschmelzen der Ausgleichszahlungen schrittweise spüren. Betroffen sind ausgerechnet kinderreiche Familien in Ballungsräumen. Dort also, wo Mieten besonders hoch sind.

Die GdP kritisiert das scharf! Hier geht es um Vertrauen. Hier geht es um Kolleginnen und Kollegen, die Kinder in Ausbildung oder Studium haben. Hier geht es auch um Kolleginnen und Kollegen, die im Wortsinn darauf gebaut haben, dass die bisherige Regelung gilt – und sich Eigentum zugelegt haben, das nun bezahlt werden muss.

Einmal mehr scheint sich die Erfahrung zu bestätigen, dass das Finanzministerium gut ist im Rechnen. Und noch besser im Schönrechnen … Hauptsache, es kostet so wenig Geld wie möglich. Wir fordern die Landesregierung dringlich auf, die Pläne zu korrigieren!

Für uns als GdP ist klar: Es müssen alle bessergestellt werden! Amtsangemessene Alimentation ist eine Pflicht des Dienstherrn, kein Zückerchen! Und ja, natürlich werden wir mit unseren Schwestergewerkschaften genau prüfen, ob das Vorhaben denn wirklich verfassungsgemäß ist.

P. Schlüter

Patrick Schlüter, Landesvorsitzender



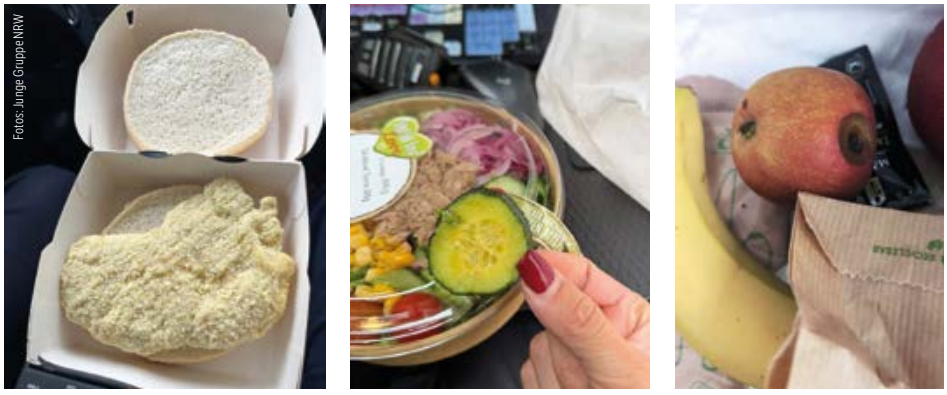
DGB-Chefin Yasmin Fahimi und Patrick Schlüter beim DGB-Protest in Essen: 18.000 demonstrierten gegen Sozialabbau und Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen.

Foto: Holger Dumke/GdP

Auf's Brot geschmiert …

Über trockene Brötchen, bewölkten Käse und Salate ohne Kühlung – und darüber, warum gute Einsatzverpflegung keine Frage des guten Geschmacks, sondern der Wertschätzung ist.

Christian Plaep



Fotos: Junge Gruppe NRW

Guten Appetit – oder auch nicht … Diese Bilder von Einsatzverpflegung haben uns Kolleginnen und Kollegen geschickt.

Die Einsatzlagen der vergangenen Wochen haben deutlich gezeigt, dass die Polizei immer wieder vor neuen und zum Teil großen Herausforderungen steht: Waldbrände in der Eifel, ein Protestcamp zur Entwaffnung eines großen Rüstungskonzerns oder die allwöchentlichen Einsätze in Fußballstadien. Über Stunden hinweg leisten unsere Polizistinnen und Polizisten hochprofessionelle Arbeit. Irgendwann ist es dann so weit: Die Verpflegung steht an. Wer leistet, muss Energie nachtanken.

Unsere Kolleginnen und Kollegen öffnen ihre Verpflegungsbeutel – und spätestens jetzt ist eine Qualitätskontrolle erforderlich. Dabei geht es nicht darum, was besonders lecker aussieht, sondern zu oft um die Frage: Was kann ich aus meinem Beutel überhaupt noch essen?

Eines vorweg: Niemand erwartet im Polizeieinsatz ein Fünf-Gänge-Menü. Wir fordern weder eine Sterne-Küche noch einen persönlichen Koch für jede Einsatzkraft.

Abgelaufene Produkte sind dabei das eine. Wenn die Gurken im Salat allerdings nicht mehr grün, sondern gelb sind, das Schnitzel von innen aussieht, als käme es direkt aus der Tiefkühlung, und es als Snack Süßigkeiten gibt, die die Zunge einfärben, ist für uns eine Grenze überschritten. Sind Lebensmittel offensichtlich verdorben, wurde ihre Kühlkette nicht eingehalten oder sind sie aufgrund der Lagerung nicht mehr sicher genießbar, gehören sie nicht mehr in die Hände von Einsatzkräften.

Kein Luxus – sondern Selbstverständlichkeit

Für uns als Junge Gruppe in NRW steht fest: Hier besteht Handlungsbedarf!

Einsatzverpflegung darf kein nettes Extra sein. Sie ist Teil einer funktionierenden Einsatzorganisation. Wir brauchen eine verlässliche, ausreichende, hygienisch einwandfreie und qualitativ angemessene Einsatzverpflegung – unabhängig von Standort, Einsatz oder Behörde.

Dazu gehören frische und einwandfreie Lebensmittel, eine konsequente Einhaltung der Kühlketten und eine ausreichende Versorgung – auch bei länger andauernden Einsätzen. Ebenso braucht es hinreichende vegetarische oder vegane Alternativen sowie klare Standards für Beschaffung, Lagerung, Transport und Ausgabe.

Wir erwarten keinen Luxus. Unser Anspruch ist, dass Einsatzkräfte während ihres Dienstes angemessen und nahrhaft verpflegt werden. Einsatzverpflegung muss mehr sein als nur ein Beutel mit vielen Einzelprodukten. Es braucht ein durchdachtes Konzept, verbindliche Qualitätsstandards und vor allem die Bereitschaft, die Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen ernst zu nehmen.

Wer maximale Einsatzbereitschaft verlangt, muss auch die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören Personal, Ausstattung und funktionierende Strukturen – aber eben auch eine vernünftige und ausreichende Verpflegung während langer Einsatzlagen. ▮

Anzeige



JETZT BEWERBEN! ALLE INFOS UNTER:
https://ihkmnr.de/P992



Gut gerüstet für Berlin: Auf einer Versammlung in Gladbeck hat unser Landesbezirk personell und inhaltlich die Weichen für den Bundeskongress gestellt. Bundesvorsitzender Jochen Kopelke hielt ein Grußwort. Meike to Baben und Markus Robert werden die NRW-Delegation führen. Foto: Imsel Bakir/GdP

Polizei-Haushalt: Wichtige Probleme ungelöst

Sinkende Steuereinnahmen, eine weiter hohe Inflation, enorme Herausforderungen für Innere Sicherheit – zugegebenermaßen schwierige Zeiten, um einen Haushalt aufzustellen. Aber gerade da wird deutlich, wo Politik wirklich Schwerpunkte setzt. Ein Blick in den Haushalt zeigt, dass der Polizei-Etat 2027 auf ca. 4,69 Mrd. Euro steigt, ca. 172 Mio. Euro mehr als im laufenden Jahr. Und dass das Land weiter mit 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern plant.

Beides klingt erst einmal gut. Zur Wahrheit gehört: Inflationsbedingt führt das Etatplus nicht zwingend zu Verbesserungen im Arbeitsalltag unserer Kolleginnen und Kollegen. Konkretes Beispiel hierfür: Allein die Mehrkosten durch gestiegene Kraftstoffpreise schlagen mit ca. 4 Mio. Euro zu Buche. Und bei den kalkulierten 3.000 KA/KAinnen wollen wir auf etwas hinweisen. Die hohen Einstellungszahlen sind richtig, die Polizei braucht Nachwuchs. Bekanntermaßen haben 2026 aber nur knapp 2.600 Nachwuchskräfte ihr Studium angetreten, während für 3.000 Geld eingeplant worden war. Was ist mit den verbliebenen Mitteln geschehen? Der Etatentwurf 2027 gibt darauf keine Antwort. Aus GdP-Sicht darf das Geld nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden, es muss bei der Polizei verbleiben! Zum Beispiel für eine Verstärkung des Tarifbereichs. Der kann zwar 2027 mit etwas mehr Mitteln rechnen, die großen Probleme bleiben da aber ungelöst.



Foto: Meike to Baben/GdP

Die Landesregierung plant auch 2027 mit der Einstellung von 3.000 Kommissaranwärterinnen und anwärtern.

Griff in den Pensionsfonds

Die Landesregierung langt immer ungenierter in den Pensionsfonds. Für das laufende Jahr 2026 lag die Entnahme bei 570 Millionen Euro, für 2027 kalkuliert man mit 1,73 Milliarden Euro! Wofür das Geld tatsächlich verwendet wird, ist unklar. Die GdP kritisiert das scharf!

Perspektiven für die Kollegen

Steigerungen der Ansätze für Liegenschaften (+250 Mio. Euro), IT und den Fuhrpark sind begrüßenswert. Große Sorgen aber bereitet der Stellenplan: So schön der Aufwuchs in A 9 ist, herrscht darüber bestenfalls Stillstand, teilweise gibt es Rückgänge. Fach- und Führungskarrieren rücken in weite Ferne, weil immer weniger höherwertige Planstellen für immer mehr junge Kolleginnen und Kollegen da sind. Noch dramatischer wird das Problem durch Streichen der 220 Kompensationsstellen A 11 bis A 13 für freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Diese Stellen müssen zwingend bleiben! Auch die Situation im Höheren Dienst erhellt unsere Laune nicht: mittlerweile nur noch 2,05 % Anteil am Gesamtstellenplan, Tendenz sinkend. Wir brauchen Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen!

Stichwort Entwicklungsmöglichkeiten: Die Mittel für Aus- und Fortbildung bleiben konstant, nur: auf einem viel zu niedrigem Niveau! Merksatz für alle Etatverantwortlichen: Hier darf es keine weiteren Kürzungen geben! Auch nicht, weil mit dem aktuellen Jahrgang wieder etwas weniger Studierende da sind. Die Mittel waren zuvor ja auch nicht an die 3.000er-Jahrgänge angepasst worden.

Ertugrul Ulas

Polizei im Kampf gegen OK stärken!

Der Kampf gegen organisierte Banden fordert die Polizei in Nordrhein-Westfalen immer mehr. Ermittler zählten hier im vergangenen Jahr insgesamt 161 Verfahren mit Bezügen zur organisierten Kriminalität (OK), 16 mehr als in 2024. Das aktuelle Lagebild des Bundeskriminalamtes hält fest, dass Täter immer rücksichtsloser und brutaler werden. Neben der türkischen Gen-Z-Mafia beobachten die Sicherheitsbehörden auch die Entwicklung neuer krimineller Strukturen sowie die zunehmende Gewaltkriminalität im Umfeld junger syrischstämmiger Tatverdächtiger.

Aus Sicht der GdP muss die nordrhein-westfälische Polizei den Kampf gegen das Organisierte Verbrechen weiter forcieren. „Wir müssen unsere Dienststellen personell stärken, die internationale Kooperation sowie den Datenaustausch vereinfachen – und die Täter da treffen, wo es ihnen am meisten weh tut: bei den Vermögenswerten und Geldströmen“, fordert der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Ernst Herget. Nötig sei dabei ein langer Atem. OK-Verfahren sind naturgemäß sehr aufwendig.

Mit der Zahl der Verfahren ist NRW im Bundesvergleich mit Abstand an der Spitze. Bayern folgt auf Rang zwei mit halb so vielen Verfahren. Rauschgiftdelikte dominieren die Bilanz, gefolgt von Wirtschaftskriminalität, Steuer- und Zolldelikten, Schleuserkriminalität, Eigentumsdelikten und Geldwäsche. Weil die Banden häufig grenzüberschreitend agieren, fordert GdP-Vize Ernst Herget mehr internationale Ermittlerteams. Benötigt werden zudem mehr Finanzermittler.

Holger Dumke

Serie: STARK DURCH EUCH

Die GdP NRW lebt vom Engagement ihrer vielen Mitglieder. In der Serie „Stark durch Euch“ stellen wir einige von ihnen beispielhaft vor.

André Plotzki-Husmann: Arbeitsschutz macht Spaß!

Zum Arbeitsschutz gehören Vorschriften, festgelegte Verfahrensweisen, Normen. Hinter der notwendigen Bürokratie steht eine schlichte Wahrheit: „Jede und jeder soll abends heil nach Hause kommen“, sagt André Plotzki-Husmann. Kurzum, es geht um Euch, Kolleginnen und Kollegen!

Bei der Polizei zu arbeiten, birgt Risiken. Das gilt für Polizeivollzugsbeamte, die gefährliche Situationen erleben. Das gilt aber auch für Regierungsbeschäftigte, die zum Beispiel an einer viel befahrenen Straße Geschwindigkeit messen. Oder die vielleicht mit heiklen Asservaten zu tun haben … Es gilt aber ebenso für die Arbeit im Büro und am Bildschirm. Auch da soll man gesund bleiben.

André Plotzki-Husmann (für Freunde, Kollegen und eilige Menschen: APH) ist jemand, der diese Risiken minimiert. Der 41-jährige Bottroper leitet das Sachgebiet Arbeits- und Gesundheitsschutz, Brandschutz und behördliches Gesundheitsmanagement in der KPB Borken. 2019 kam er als Fachkraft für Arbeitssicherheit zur Polizei – und direkt auch zur GdP. Er sagt: Beim Arbeitsschutz ist die GdP mit ihren Personalräten eine ganz wichtige Stimme.



„Beim Arbeitsschutz ist die GdP mit ihren Personalräten eine wichtige Stimme“: André Plotzki-Husmann.

Foto: Holger Dumke/GdP

Fortschritte im Tarifbereich

Was APH freut: Gerade bei Regierungsbeschäftigten hat es in letzter Zeit einige Verbesserungen gegeben. „Die Gefährdungsbeurteilungen laufen an“, berichtet der Kollege. Außerdem seien viele Kolleginnen und Kollegen, die operativ tätig sind, mittlerweile mit Unterziehwesten ausgestattet worden. Das sind wichtige Fortschritte. Anders als bei den Beamten war hier früher vieles ungeregelt.

Die Arbeit beim Arbeitsschutz hört aber nie auf. Einmal, weil noch wichtige Dinge fehlen – etwa die einheitliche Dienstbekleidung für den Tarifbereich. Zum anderen, weil neue Herausforderungen auftauchen. Hitzeschutz zum Beispiel spielt schon in vielen Konzepten eine Rolle, wird in Zeiten des Klimawandels zu einem großen Thema. APH sieht Handlungsbedarf etwa bei den Beamten: Alternativen zu den schwitzigen Dienstmützen müssen her – Basecaps zum Beispiel.

Den Arbeitsalltag für Kolleginnen und Kollegen sicherer und damit besser zu machen, das ist André Plotzki-Husmann ein Anliegen. Er selbst sagt: „Arbeitsschutz macht Spaß!“ Die Aufgabe ermöglicht es ihm, sich mit ganz verschiedenen Bereichen der Polizei vertraut zu machen und dort Lösungen zu entwickeln. Eine solche Lösung ist zum Beispiel der in der Medizin gebräuchliche „Kängurubeutel“. Er wird in der Asservatenkammer der KPB Borken im Umgang mit kritischen Stoffen eingesetzt.

Der kurze Weg und die enge Abstimmung mit dem Personalrat sind für APH zentral. Unsere Gewerkschaft ist für ihn „weiteres Netzwerk“, um Entwicklungen rund um den Arbeitsschutz früh zu erfahren und mitzugestalten. In der GdP-Kreisgruppe Borken fühlt sich der Kollege und zweifache Familienvater sehr wohl.

„Wir haben ein tolles Miteinander!“ André bringt sich in der Kreisgruppe ein – u. a. als Versammlungsleiter und Kassenprüfer. Privat freut er sich, wenn er Zeit für sein besonderes Hobby hat. Der 41-Jährige betreibt Ninja-Sport – das ist eine kraftvolle Form des Hindernislaufes. **Holger Dumke**

Neues aus den Arbeitskreisen

Der neue **AK Aus- und Fortbildung** hat die Arbeit aufgenommen. Geeigneten Nachwuchs bestmöglich ausbilden, zugleich Qualifikationen auf der Höhe der Zeit halten und ausbauen: Der AK wird dazu konkrete Vorschläge entwickeln. Die Leitung übernimmt Timo Efferoth (Dezernatsleiter Ausbildung beim LAFP), zuständiges GVS-Mitglied ist Christoph Hirsch.

Niederlande: Polizei-Drohnen vielfältig im Einsatz

Gemeinsam voneinander lernen: 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – je zur Hälfte aus NRW und den Niederlanden – zählte das diesjährige Seminar „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit". In Baarn bei Utrecht wurden sie von Theo Oskam, Direktor des Instituuts vor Veiligheid, dem Aus- und Weiterbildungszentrum für Polizeibeschäftigte, empfangen. Organisiert und durchgeführt wird das Seminar traditionell mit dem Nederlandse Politiebond (NPB). Zwischen der größten niederländischen Polizei-Gewerkschaft und der GdP NRW besteht seit fast 20 Jahren eine enge Verbindung.



Foto: GdP

Zwei spannende Tage in Baarn bei Utrecht: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Seminars „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit". Drohneneinsatz war ein thematischer Schwerpunkt.

Begleitet wurde das Seminar auf NPB-Seite von Ward Quaghebeur, Vorstandsmitglied, und Gewerkschaftssekretär Frank Kuiper. Für die GdP nahmen Meike to Baben und Arnd Breitkopf aus dem Vorstand teil. Meike hat die Seminare viele Jahre begleitet. Künftig wird Arnd das übernehmen.

Ein Schwerpunkt in Baarn war der Einsatz von Drohnen, vorgestellt von einem Kollegen aus Amsterdam. Das Kernteam in der niederländischen Metropole besteht aus rund 15 hauptamtlichen „Drone-Agents". Bei

Fortsetzung auf Seite 8

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion
Holger Dumke (V.i.S.d.P.)
Imsel Bakir
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29 10 1-32
holger.dumke@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 3. November.

Jetzt schon an den nächsten Sommerurlaub denken und Frühbucherpreise sichern.

Buchen Sie Ihre Reise in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft für Sie auszahlt.



GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen

(©74576 46stock.adobe.com)

Glücksnummern des Monats
Die Gewinner im November erhalten einen OSG-Gutschein im Wert von 35 €.

45 06910, Märkischer Kreis
45 11581, Gelsenkirchen
45 36128, Essen/Mülheim

Fortsetzung von Seite 6

Flügen arbeiten zwei zertifizierte Piloten zusammen: Einer steuert, der andere konzentriert sich auf Kamera und Bildauswertung. So erfolgen Flug und Beweissicherung unabhängig voneinander.

Beweissicherung aus der Luft

Eingesetzt werden die Fluggeräte u. a. bei Verkehrsüberwachung und -unfällen, bei Demos, Lageübermittlungen, Vermisstensuchen und zur Tatortaufnahme. Die Amsterdamer Polizei hat Verfahren zur Beweissicherung aus der Luft entwickelt. Die Bilder sind überraschend scharf, auch aus sehr großer Höhe. Bei der Vorführung von zwei Drohnen draußen konnten sich die Teilnehmer selbst ein Bild von den technischen Möglichkeiten machen.

Ein weiteres Thema war das virtuelle Training von Polizeieinsätzen. Referent Egi Cuijten von der Firma Flashgroup stellte ein mobiles und vergleichsweise günstiges VR-Simulationstraining vor. Das komplette System mit sechs VR-Brillen passt in einen mittelgroßen Transportkoffer. Der Vorteil: Das Training kommt zu den Kolleginnen und Kollegen – nicht umgekehrt.

Um „Trauma – Grundlage für missverstandenes Verhalten“ ging es tags darauf. Heleen Minderaa, Trainerin für traumasensible Kommunikation, zeigte auf, wie ein feinfühliger Umgang mit betroffenen Menschen gelingen kann. Wichtig ist ihr zufolge ein Perspektivwechsel. Es sollte nicht heißen: „Warum verhältst Du Dich so?“ Sondern: „Was ist Dir geschehen?“ Das Thema kam bei den Kolleginnen und Kollegen gut an – jeder hat seine eigenen persönlichen oder beruflichen Erfahrungen.



Foto: Julia Hoppe/GdP

Das Kernteam in Amsterdam besteht aus etwa 15 hauptamtlichen „Drone-Agents“.

Letzter Punkt: grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Krisenfall. Ward Quaghebeur berichtete über Vorbereitungen auf militärischer und polizeilicher Ebene. Beispielsweise präpariert sich der Hafen von Rotterdam mit Notfallplänen und Extrakapazitäten für den Umschlag von Waffen und Munition wie auch zivil wichtigen Waren. Arnd Breitkopf erklärte: „In einer größeren Krise wären niederländische wie auch deutsche Polizei stark gefordert. Eine enge Kooperation könnte einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung einer solchen Lage leisten.“

2027 findet das Seminar bei Aachen statt, wir freuen uns auf einen spannenden Austausch und auf Eure Teilnahme!

Julia Hoppe

Senioren aktuell

Kreisgruppe Euskirchen

18. November 2026, 9:15 Uhr, Werksbesichtigung der Zuckerfabrik Pfeifer & Langen, Bonner Straße 2 in 53879 Euskirchen. Um Anmeldung wird gebeten – bitte per E-Mail an ru.stark@freenet.de oder telefonisch unter (0172) 5742237.

Kreisgruppe Unna

19. November 2026, 17 Uhr, Grünkohlessen, Haus Mersmann, Hertinger Straße 158 in 59427 Unna. Anmeldungen an Bernhard (Bernhard.christmann@t-online.de): (02378) 3986 oder Claudia: (01511) 8344204 oder Martin: (0157) 71466824.

Kreisgruppe BZ Erich Klausener

1. Dezember 2026, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Senioren. Zu Beginn ein ökumenischer Gottesdienst in der Lagerkirche in Schloß Holte-Stukenbrock, anschließend Kaffeetrinken in der Kantine. Anmeldungen bitte bis zum 24. November 2026 per Mail an hagueben@gmx.de oder telefonisch unter (01515) 7873504.

GdP aktiv

19. November, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 15:30 Uhr, Restaurant Kleingartenanlage „Im Justenkamp“, Nortkirchenstraße 22, 44263 Dortmund.

Nachrufe

Herbach, Klaus	23.09.1941	Aachen	Pleschke, Helmut	25.08.1948	Ennepe-Ruhr
Hausen, Kristina	29.10.1992	Bonn	Tamschick, Liselott	23.09.1927	Ennepe-Ruhr
Ruland, Hermann-Peter	10.08.1934	Bonn	Zimek, Helmut	29.01.1946	Gelsenkirchen
Häger, Günter	03.10.1930	BZ Brühl	Lepartz, Christa	24.08.1943	Köln
Kujehl, Angela	31.08.1970	Coesfeld	Ungemach, Klaus-Peter	13.12.1947	LKA
Merten, Josef	25.05.1945	Coesfeld	Horbach, Tetiana	18.04.1966	Mönchengladbach
Anderßon, Gertrud	16.08.1929	Dortmund	Michels, Ernst	15.11.1930	Neuss
Kaboth, Dieter	09.01.1938	Dortmund	Metzke, Peter	20.10.1955	Recklinghausen
Klanten, Johann Peter	08.02.1935	Duisburg	Grootz, Kurt	02.02.1943	Wesel
Kaptain, Heribert	02.08.1953	Düren	Müller, Hans-Josef	16.05.1945	Wesel
Schmitz, Christina	31.12.1954	Düren			